

Unser Land braucht einen andern Bundesrat

Ueli Leuenberger, Vizepräsident, Nationalrat (GE)

Die Legislaturbilanz zeigt eines ganz deutlich: Die Mehrheit unseres Parlamentes vernachlässigt die wichtigsten Fragen unseres Landes und seiner Einwohnerinnen und Einwohner. Und der Bundesrat behandelt die zentralen Fragen nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit. Vor allem seit der Wahl von Christoph Blocher ignoriert die Bundesratsmehrheit die Bedrohungen durch die Klimaerwärmung in verantwortungsloser Weise. Um die Fragen des sozialen und nationalen Zusammenhaltes scheint sich die Bundesratsmehrheit nicht sonderlich zu kümmern.

Die Regierungstätigkeit wird durch kurzfristiges Denken diktiert. Die Mehrheit des Bundesrates vertritt die Idee eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums. Die Erhöhung des BIP gilt als oberstes Prinzip, ohne Rücksicht auf die mittel- und langfristigen Schäden, die eine solche Politik bewirkt.

Wir Grüne engagieren uns für eine langfristige Politik und wir sind überzeugt, dass für die Schweiz wichtige Veränderungen nötig sind. Für eine nachhaltige Entwicklung braucht es eine mutige und entschiedene Politik.

Die Grünen sind reif für den Bundesrat, das haben wir schon oft gesagt. Die Realität zeigt, dass unsere Analysen richtig sind, auch wenn sie noch präzisiert werden können. Nur die Partei von Bundesrat Blocher macht sich heute noch lustig, wenn von der Klimaerwärmung die Rede ist. Unter dem Druck der Fakten und aus Angst, Stimmen zu verlieren, haben die andern bürgerlichen Parteien ihre Wahlplattformen in den letzten Monaten « begrünt ». Es handelt sich in unseren Augen dabei nicht nur um wahltaktischen Opportunismus. Die Folgen der Klimaerwärmung beunruhigen offensichtlich immer mehr Verantwortliche dieser Parteien. Bewirkt wird dieser Bewusstseinswandel durch den Druck der klimatischen und meteorologischen Veränderungen, durch die wiederholten Appelle der internationalen Wissenschaft und durch die wachsende Sorge der Bevölkerung. Laut der letzten GFS-Umfrage ist die Umwelt- und Klimafrage zur wichtigsten Sorge der Bevölkerung geworden.

Wir leben in einer aussergewöhnlichen Zeit. Und eine aussergewöhnliche Situation erfordert ein aussergewöhnliches und rascheres Engagement als sonst. Die Grünen haben in diesem Sinn unzählige parlamentarische Vorstösse und Aktionen gemacht. So haben wir zum Beispiel vor zwei Jahren – in Anlehnung an die Anbauschlacht während des Zweiten Weltkrieges - einen « Plan Wahlen » für die Energiepolitik vorgeschlagen. Im Gegensatz zu Kantonen und Gemeinden, in denen Grüne mitregieren, macht Bundesbern oft das Gegenteil dessen, was der gesunde Menschenverstand erfordern würde und man kommt in Umweltfragen nur sehr zögerlich voran.

Die nationalen Wahlen vom 21. Oktober und die Bundesratswahlen sind eine einmalige Gelegenheit für eine Kursänderung und für eine Politik, die die Zukunft unseres Landes und unseres Planeten endlich ernst nimmt.

Mit Ausnahme der SVP, die die Klimaproblematik stur leugnet, bestätigen die Bundesratsparteien die Notwendigkeit, in der Umwelt- und Energiepolitik vorwärts zu machen. Wenn CVP und FDP bereit sind, ihre Wahlversprechen zu halten, wird es möglich, zusammen mit der SP (die in diesen Fragen klare Positionen hat) und den Grünen eine Regierung zu bilden, die fähig ist, in dieser ausserordentlichen Situation rasch zu handeln.

Die SVP richtet mit ihren Positionen gegen die Umwelt und mit ihrer wiederholten Stigmatisierung der einen oder anderen Bevölkerungsgruppe grossen Schaden an für den sozialen und nationalen Zusammenhalt. Eine solche politische Kraft, die – unter der Führung eines Regierungsmitgliedes – die Klimaprobleme leugnet, die Institutionen verunglimpft, Kampagnen führt gegen Gerichte und das internationale Recht, ist extrem verhängnisvoll für unser Land.

Die Grünen wollen einen Bundesrat, der nicht einfach nach einer arithmetischen, sondern nach einer qualitativen Konkordanz zusammengesetzt ist. Die Regierung muss zusammengesetzt werden auf der Basis von Vereinbarungen, die geeignet sind, so wichtige Herausforderungen wie die Klimaproblematik und die soziale und nationale Kohäsion zu lösen. Wir sagen also sehr deutlich, dass die SVP nicht mehr in den Bundesrat gehört.

Die Grünen wollen einen Bundesrat, der Umweltprobleme ernst nimmt und die Menschenrechte respektiert. Das tut die SVP nicht. Die Frage ist deshalb für uns nicht, ob eher die CVP oder die FDP Anrecht hat auf zwei Bundesrats-Sitze. Wir wollen ganz klar einen Bundesrat ohne SVP, weil man mit dieser Partei keine Umweltpolitik, keine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik und keine menschenwürdige Sozial- und Integrationspolitik machen kann.

In einem Bundesrat, der so zentrale Anliegen wie die Klimaerwärmung und den sozialen Zusammenhalt ernst nimmt, sind die Grünen bereit, mitzuarbeiten. Es liegt in der Hand der anderen Parteien, insbesondere von SP und CVP, die Zusammensetzung des Bundesrates in diesem Sinne zu ändern. Wie ich zu Beginn gesagt habe: die Grünen sind reif für den Bundesrat. Wir werden sehen, ob die andern Parteien reif sind für diese Veränderungen.

Genf/Bern, 13. August 2007